

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Schwendstraße 2.  
Sprechtunden der Redaction:  
Donnerstag 10-12 Uhr.  
Freitag 9-11 Uhr.  
Sonntag 9-11 Uhr.

Manuskripte für die nachfolgende  
Nummer bestimmen Insetts an  
Donnerstag bis 3 Uhr Nachmittags,  
an Sonn- und Festtagen bis 12 Uhr.  
In den Filialen für Inf.-Annahme:  
Cito Kienow's Bureau, (Alfred Debes),  
Hilberstraße 1,  
Luisenpark,  
Reichstraße 23 part. und Königplatz 7,  
nur bis 1/2 9 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Abonnementpreis**  
vierteljährlich 4 1/2 M.  
halbjährlich 8 M., durch die Post  
bezogen 8 M. Jede einzelne Nummer 20 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
(in Tagesblatt-Format gratis)  
ohne Postversicherung 50 Pf.  
mit Postversicherung 70 Pf.

Inserate 6 Spaltenbreite 20 Pf.  
Größere Schriften laut anl. Preisverzeichnis.  
Zusätzliche Spalten u. Überschriften nach Vereinbarung.

**Reklamen**  
unter dem Redaktionsdruck die gewöhnl.  
Preisliste, vor dem Familiennachrichten  
die gewöhnliche Preisliste.  
Inserate sind nicht an die Expedition zu  
senden. — Reklame wird nicht gegeben.  
Zahlung pränumerando oder durch Post-  
nachnahme.

№ 137.

Sonnabend den 17. Mai 1890.

84. Jahrgang.

### Bur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag, den 18. Mai,**  
Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr  
geöffnet.  
Expedition des Leipziger Tageblattes.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Unsere Geschäftsstelle für Baupolizei-Sachen befindet  
sich vom 18. d. Mts. ab im Grundstück Markt Nr. 14,  
2. St., was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.  
Leipzig, den 14. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Bekanntmachung.

Die öffentlich ausgeschrieben Bau-, Stein-,  
Schloß- und Klempnerarbeiten zur  
Dorotheenbrücke  
sind vergeben.  
Die unterzeichnete geübliche Bewerber werden daher  
ihre Angebote hiermit einbringen.  
Leipzig, am 12. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Bekanntmachung.

Die **Gruntarbeiten** und die **Landbauarbeiten**  
zum Bau einer neuen **Volksschule** für Leipzig-  
Neudorf sollen zusammen oder getrennt in Accord ver-  
dingt werden.  
Die Bedingungen und Planquell für diese Arbeiten liegen  
in unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergesch.,  
Zimmer Nr. 5, aus und können daselbst eingesehen beziehent-  
lich gegen Entrichtung der Gebühren von je 0,50 A ent-  
nommen werden.  
Angebote sind verfertigt und mit der Aufschrift: „**Grunt-  
bauarbeiten**“ bez. **Landbauarbeiten** zum Bau der neuen **Volksschule**  
in Leipzig-Neudorf“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nach-  
mittags 5 Uhr, einzureichen.  
Wir behalten uns das Recht vor, sämtliche Angebote  
abzulehnen.  
Leipzig, den 13. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Bekanntmachung.

Die **Grunt- und Bauarbeiten** und die **Zimmer-  
arbeiten** zum Bau einer neuen **Volksschule** für  
Leipzig-Neudorf sollen je an einen Unternehmer in Accord  
verdingt werden.  
Die Bedingungen und Planquell für diese Arbeiten liegen  
in unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergesch.,  
Zimmer Nr. 5, aus und können daselbst eingesehen beziehent-  
lich gegen Entrichtung der Gebühren von je 2,00 A ent-  
nommen werden.  
Angebote sind verfertigt und mit der Aufschrift: „**Grunt-  
und Bauarbeiten**“ bez. **Zimmerarbeiten** zum Bau der neuen **Volksschule**  
in Leipzig-Neudorf“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nach-  
mittags 5 Uhr, einzureichen.  
Wir behalten uns das Recht vor, sämtliche Angebote  
abzulehnen.  
Leipzig, den 13. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Bekanntmachung.

Die **Grunt- und Bauarbeiten** und die **Zimmer-  
arbeiten** zum Bau einer neuen **Volksschule** für  
Leipzig-Neudorf sollen je an einen Unternehmer in Accord  
verdingt werden.  
Die Bedingungen und Planquell für diese Arbeiten liegen  
in unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergesch.,  
Zimmer Nr. 5, aus und können daselbst eingesehen beziehent-  
lich gegen Entrichtung der Gebühren von je 2,00 A ent-  
nommen werden.  
Angebote sind verfertigt und mit der Aufschrift: „**Grunt-  
und Bauarbeiten**“ bez. **Zimmerarbeiten** zum Bau der neuen **Volksschule**  
in Leipzig-Neudorf“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 31. Mai 1890 Nach-  
mittags 5 Uhr, einzureichen.  
Wir behalten uns das Recht vor, sämtliche Angebote  
abzulehnen.  
Leipzig, den 13. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

#### Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes der Stadtge-  
meinde Leipzig gehörigen Hausgrundstückes Universitätsstraße  
Nr. 22 ist eine kleine Wohnung vom 1. Juli d. J. ab gegen  
verhältnismäßige Mithingung anderweit zu vermieten.  
Mithingung werden auf dem Rathhaus, I. Stockwerk,  
Zimmer Nr. 5, entgegengenommen.  
Leipzig, den 9. Mai 1890.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi.

Plan entworfen: Die Reichsminister sollten die Palaststraße,  
den Fürsten, die Minister und die Regimentscommandeure  
verhaften, eine allgemeine Versammlung berufen und ein  
Ministerium aus allen Parteien bilden, welches die Geschäfte  
bis zum Eintreffen des russischen Generals Demontowitsch  
führen sollte. Unter dessen Leitung sollte dann die Neuordnung  
eines Fürstentums stattfinden, für welches zunächst drei Candidaten  
in Vorschlag bringen würde. In der Nacht vom 11. zum  
12. Januar sollte der Plan ins Werk gesetzt werden, es kam  
aber nicht dazu, weil die Reichsminister unter sich nicht einig  
waren und weil die Truppen dem Fürsten treu blieben. Am  
21. Januar wurde Paniga verhaftet, als er bereits mit  
Schlehdern über einen neuen Plan correspondirte. In diese  
Verhandlungen waren außer Schlehdern verwickelt der in-  
zwischen verstorbenen Secretair der russischen Gesandtschaft in  
Bularest Bilianow und der Dragoman derselben Jacobow,  
welcher über die Angelegenheit an den Vorkaiser einer Ab-  
theilung des russischen Konsulats in Jassy einen Bericht  
erstattet hat. Die Vorbereitungen zu dem un-  
glücklichen Staatsstreich haben schon im Jahre 1887 begonnen,  
als Schlehdern lange genug, um der Regierung vollen Ver-  
trauen zu erlangen, die ganze Zusammenkunft der Sache zu gewin-  
nen, der denn auch Stambulow schon längst offen lag, bevor er  
zur Verhaftung der Reichsminister schritt. Er wollte die Ver-  
änderung erst ins Werk setzen lassen, bis er ein Schritt, um  
dann einen so großen Erfolg zu erzielen.

Als Reichsminister scheint ebenfalls eingeweiht gewesen zu sein,  
darum sein plötzliches Eintreten in Sofia und darum die  
scheinbare Unthätigkeit der Regierung gegenüber den russischen  
Antrieben. Fürst Ferdinand ist glücklicher gewesen als sein  
Vorgänger, den die Gabelle der von ihm selbst gegründeten  
militärischen Pflanzschule unter Führung von Orewow und  
Benderow mitten in der Nacht aus dem Bett holten und  
auf einen Donaudampfer schleppten, der ihn außer Landes  
brachte. Damals gelang der russische Plan, aber die daraus  
erwartete Reue gingen verloren, General Kaufman  
sah nicht die von ihm erwartete Aufnahme, und Bulgarien  
hat seine Unabhängigkeit von Russland bis heute behauptet.  
Um so weniger ist die Handlungsweise von Wänerow zu  
vertheilen, welche mit der russischen Centralregierung in enger  
Verbindung stehen und dadurch der Ueberzeugung Raum  
geben, daß sie im Einklang mit der Regierung handelten,  
um das zu erreichen, wonach Russland nun schon seit so  
langer Zeit vergeblich strebt, Bulgarien unter russische  
Herrschaft zu bringen.

Nicht Paniga ist es, über den das Kriegsgewitter in Sofia  
das Uebel künden wird, sondern die russische Regierung,  
welcher der wohlgeleitete Versuch nicht erspart bleiben  
kann, daß sie in Bulgarien ein freies Spiel treibt und  
dort Ruhe und Ordnung herzustellen zu untergraben bemüht  
ist. Es ist ja noch in früherer Erinnerung, welche Aufnahme  
die stichtigen Reichsminister in Russland gefunden haben, nach-  
dem sie den Fürsten Alexander zur Entlassung genöthigt hatten,  
welche Anstrengungen von russischer Seite gemacht wurden,  
um die Verhaftung der Schuldigen nach Kriegsausbruch zu  
verhindern. Die Reichsminister wurden von der russischen  
Regierung behandelt wie Leute, die nicht nur ihre Pflicht ge-  
than, sondern wie solche, die sich am Wohlstand besondere Ver-  
dienste erworben hatten. Und dieses Schauspiel scheint sich  
jetzt wiederholen zu sollen.

Unter diesen Umständen gewinnen die Mittheilungen  
Griechen in der italienischen Kammer eine besondere Bedeutung.  
Griechen erklärte es für die Pflicht der italienischen Regierung,  
für die Autonomie und Unabhängigkeit aller Völker ein-  
zutreten. Seine Haltung den Balkanländern gegenüber  
entspreche vollkommen diesen Grundsätzen. So habe Italien  
beiden der der Porte unterworfenen arabischen Völ-  
ker gegenüber nicht unempfindlich bleiben können  
und habe daher sich zur Wiederherstellung des guten Ein-  
vernehmens intervenirt, immer unter Berücksichtigung der  
Integrität der Türkei und des höchsten Ziels, der Erhaltung  
des Friedens. Italien steht in seiner Balkanpolitik vollständig  
auf Seiten Oesterreich-Ungarns, dessen Verhalten Griechen  
als vorzugswürdig lobt und wie folgt. Von Bulgarien sagte  
er, daß es über sein Schicksal beruhigt sein könne, wenn es  
weiche und gerecht vertheilt werde. Bekanntlich ist die deutsche  
Balkanpolitik eine andere, sie beruht auf dem Grundprinzip der  
Nichtmischung. Aufrecht bleibt das Wort des Fürsten  
Alexander mit Bezug auf den Anschluß gegen den Fürsten  
Alexander: „Türkei und andere Bewegungen auf der Balkan-  
halbinsel haben für Deutschland kein Interesse.“ So wird  
dann auch Deutschland dem Proceß Paniga als unheimlicher  
Johann gegenüberstehen, um so eingehender werden sich  
Oesterreich-Ungarn und Italien um diese Angelegenheit be-  
schümmern, und besonders das erstgenannte wird daraus  
Schlüsse für seine Haltung gegen Russland ziehen. Offenbar  
hat es wiederholt mit größter Bestimmtheit erklärt,  
daß es ein russisches Protectorat über Bulgarien nicht  
dulden könne, und auf ein solches lausen die Vor-  
bereitungen zu der missglückten Vertheidigung doch offenbar  
hinan. Es wird sich aus dem Proceß ergeben, in wie weit  
die russische Regierung durch die russischen Beamten der  
Vertheidigung bloßgestellt wird oder nicht. Wahrscheinlich  
wird die russische Regierung jede Mittheilung auf das  
Entschiedenste in Abrede stellen, denn heute liegen die Ver-  
hältnisse anders als zur Zeit der Abdankung des Fürsten  
Alexander. Russlands höchstes Ziel ist darauf gerichtet, den  
bulgarischen Thron für einen bulgarischen Fürsten frei  
zu machen, Fürst Ferdinand ist ihm dabei im Wege und Ab-  
schalt soll er auf irgend eine Weise beseitigt werden. Die  
bloße Nichtbetheiligung hat sich für diesen Zweck nicht als  
ausreichend gezeigt, deshalb geht man ihm jetzt persönlich zu  
Leibe. Darauf wußte Prinz Ferdinand gefaßt sein, als er  
die Wahl zum Fürsten von Bulgarien annahm, daß er sich  
damit eine schwere Bürde aufhals, und er wird großer Geduld  
bedürfen, wenn er allen den Unbilden, welche ihm noch bevor-  
stehen, die Spitze bieten will.

Leipzig, 17. Mai.  
Es darf, wie bereits gestern erwähnt, als sicher an-  
gesehen werden, daß die Frage wegen Errichtung eines  
Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in der gegen-  
wärtigen Tagung des Bundesraths und des Reichs-  
tags zum Abschluß kommen wird. Der Bundesrath wird  
sich annähernd mit dem Antrag zu befassen, daß das  
Denkmal auf dem Platz errichtet wird, welcher durch die  
Errichtung der (neuen) an der Schloßstraße“ entsteht, daß  
lediglich ein Reiterstandbild ohne architektonischen Unter-

grund gewählt wird und daß der Reichsminister einer  
neuen engeren Wettbewerb unter Berufung eines  
kleinen Anzahl von Bildhauern ausschreiben soll. Ueber die  
Bewerbstheile, welche zu dieser Entscheidung geführt haben,  
wird man, daß an entscheidender Stelle bei aller Anerkennung  
der bisher preisgekrönten Entwürfe die Ueberzeugung vor-  
waltet, daß es keinem derselben gelungen ist, die Persönlich-  
keit des Monarchen, wie sie in der Vorstellung des  
deutschen Volkes lebt, greifbar in die Erscheinung treten  
zu lassen. Es besteht an der entscheidenden Stelle die  
Bilder die Darstellung und nicht durch architektonisches Bei-  
werk wachen soll. Bezüglich der Platzfrage sollen alle  
Vorschläge außerhalb der Stadt ausgeschlossen sein; im Innern  
der Stadt aber richtete sich das Augenmerk nur auf den  
Platz am Opernhaus, den Pariser Platz und die Schloß-  
straße, namentlich, wenn für seine Gestaltung neben dem  
Reiterstandbild der jetzigen Gebäude feststehenden Bau-  
gründe eine Vertheilung durch Aufhebung oder Ueber-  
wehung des angrenzenden Hofraumes geschaffen wird.  
Wahrscheinlich wird das Denkmal, durch die Straße von dem  
Schloß getrennt, der Straßenseite des Schloßes gegenüber an  
dem Wasserlauf der Spree aufgestellt. In Aussicht genommen  
ist, nach Aufhebung des Bundesraths und des Reichstags  
über den Platz, eine weitere Vertheilung mit der preussischen  
Regierung und der Stadt Berlin. Die Aufhebung des  
Denkmalplatzes bleibt dann der freien Vereinbarung unter  
Mitwirkung der ausführenden Künstler vorbehalten. Die  
Verlegung der Künstler zum Wettbewerb soll mit Genehmigung  
des Kaisers durch den Reichstanzler erfolgen und das  
Verdicht der Mitglieder des Bundesraths und des Reichs-  
tags und künstlerischer Sachverständigen zusammengeführt sein.

Medienburgische Abgeordnete beabsichtigen, im  
Reichstage eine Ergänzung der Reichsverfassung dahin  
zu beantragen, daß jeder deutsche Bundesstaat eine aus  
Wählern bestehende Volksvertretung haben muß. In den letzten  
Jahren ist ein solcher Beschluß wiederholt gefaßt worden; der  
Bundesrath trat ihm nicht bei, aber der damalige Groß-  
herzog verordnete, die Initiative zur Zustimmung zu einer  
entsprechenden Reform der kaiserlichen medienburgischen Ver-  
fassung zu betreiben, jedoch ohne Erfolg. Wie der Reichstag  
jetzt zusammengesetzt ist, muß bestritten werden, daß ein An-  
trag, wie der beschriebene, abgelehnt werden könnte; in diesem  
Falle könnte er aber zur Befreiung als zur Befreiung der  
Verhältnisse medienburgischen Staatsverfassungen beitragen.

Die Nachricht von der Entlassung des Abg. Dr. Wiquel  
hat sich erstensvernehmlich nicht weiter verbreitet, als daß ein  
vorübergehendes Unwohlsein ganz kurz den geringen Parlamen-  
tarier beunruhigt, der schon jetzt wieder seinen politischen  
Rücktritt im vollen Umfang nachkommt. Für die social-  
politischen Verhältnisse, an deren Verberatung im  
preussischen Staatsrath Dr. Wiquel einen hervorragenden  
Antheil genommen hat, wäre es sehr zu bedauern gewesen,  
wenn ein so warmer und zugleich unerschütterlicher Freund dieser  
Reform auf längere Zeit den maßgebenden Entscheidungen  
abwäre hätte fernbleiben müssen.

Der Erzbischof von München hat die Abrechnung  
des katholischen Casinos empfangen und wiederholte  
die gegen die Abhaltung des Deutschen Katholikentages  
in München sprechenden Gründe. Weisung erklärte  
er, daß er die Abhaltung nicht hindern könne; falls sie doch  
stattfinden sollte, so gebe er ihr seinen Segen und seine besten  
Wünsche. Der Hof, der Erzbischof und die katholischen Kreise  
haben dem Katholikentag, weil dieser gleich dem ver-  
gangenen das bayerische Demagogentum fördern würde, ab-  
geneigt. Trotzdem ist, weil die Geld- und Platzfrage geregelt  
wird, das Zustandekommen wahrscheinlich.

Bei der fortgesetzten Verhandlung des Oelegetenworts,  
betreffend die Regelung des Verhältnisses des Staates zu dem  
nationalen Gewerkschaftswesen im österreichischen Ab-  
geordnetenhaus, wurde in namentlicher Abweisung der  
Antrag der Minorität (Betheiligung der Sache an das Reichs-  
gericht) mit 139 gegen 139 Stimmen abgelehnt und der  
Majoritätsantrag, auf die Regierungsvorlage einzugehen, an-  
genommen. Für den Antrag der Minorität traten Vierhundert  
und der Berichterstatter der Minorität Herr von Wacker,  
während der Berichterstatter der Majorität, Freiherr  
die Regierungsvorlage befristeten. Das Hans begann so-  
dann die Specialdebatten.

Am 7. Mai traten die Abgeordneten der Evangelischen  
Kirche K. V. in Siebenbürgen zur 14. Landes-  
kirchenversammlung in Hermannstadt zusammen.  
Bischof Dr. Teuffel eröffnete die erste Sitzung mit einem  
wunderbaren Gebet und einer Ansprache, in der er darauf  
hinwies, was die evangelische Kirche in Siebenbürgen und  
besonders in den letzten Jahren erfahren habe und welche  
Gefahren ihr in der Zukunft drohen. Ein Grund- und Ge-  
heim im Organismus der Kirche sei immer die Verbindung  
zwischen Kirche und Schule gewesen, die auch  
dort sich äußere, daß die Mittelschullehrer zum Pfarramt  
übergingen; nach den Erfahrungen der Kirche seit der  
Reformation seien ihre besten Pfarrer ehemals ihre besten  
Lehrer gewesen. Dieses Gemeindegewissen scheine in der  
letzten Zeit auf einer Seite an Unmöglichkeit und Trägheit zu  
verlieren. Es seien Zeichen da, daß ein gegen Kirche und  
geistliches Amt immer gleichgültiger Individualismus in  
Mittelschullehrerkreisen sich Ausbreitung finde, der die Wohl-  
thaten des Doppelwesens gerne genießen wolle, aber der  
Pflicht, im Pfarramt überzugehen, sich verweigere. Wenn  
dieses weiter überhandnehme, so könne es geschehen, daß die  
Lehrer-Collegien zu Veteranen-Collegien würden und daß die  
Theil der Pfarrstellen sich nicht mehr jener wichtigen Ver-  
antwortung erweisen würde, durch die ihnen bisher viel wider-  
standen. In letzter Folge trete dann die Fortentwicklung einer  
Kerkung des Organismus an die Kirche heran, die sie vor-  
über zu lösende Lebensfragen stelle. Alle Treuen müßten  
rechtzeitig an diese Verhältnisse denken, um größerer Gefahren  
abzuwehren. Von den bevorstehenden Arbeiten seien viele  
höchst erster Natur; der Geist der Unthätigkeit und Faulheit, der  
Gemeinlichkeit, die sich selbst in den Dienst des Ganzen  
stellt, thun doppelt noth in einer Zeit, in der die Zeichen  
für die religiöse und Culturverfallung nicht nur des ungar-  
rischen Vaterlandes so vielfach auf Sturm zeigen.

Nachdem infolge des letzten russisch-türkischen Krieges von  
1877/78 Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien

aus dem Verbände des türkischen Reiches ausgegliedert sind,  
hat eine beständige Auswanderung der türkischen, bei-  
sondere bosnischen Bevölkerung aus diesen Ländern statt-  
gefunden. Vieles mögen dabei religiöse Beweggründe maß-  
gebend gewesen sein, im Allgemeinen konnten indessen die  
Wohndauer, namentlich in Bulgarien, unter der national-  
unabhängigen Bevölkerung und Verrothung der Gebirge nicht  
mehr haben. In Bulgarien hat man diese Auswanderung  
gefordert, in Bosnien nicht gehindert, und so konnte sie einen  
außerordentlich großen Umfang annehmen. Jeder selbst es  
an statistischen Erhebungen. In den ersten Jahren nach dem  
Kriege war die Auswanderung am stärksten, aber sie hält sich  
gegenwärtig noch an. Nach dem neuen Besitze des Aus-  
wanderungsauswahrscheinlich der türkischen Regierung sind in Kon-  
stantinopel nach im verflochtenen Jahre 1905 (vom 13. März  
1889 bis 12. März 1890) 2506 Familien mit 11753 Köpfen  
als Auswanderer aus dem Balkanländern eingetroffen und  
zum größten Theil in Rumänien angekommen. Unter  
diesen Auswanderern befinden sich viele arbeitsam, betriebs-  
sam und fleißige Leute, welche vielfach zur Wiederbelebung  
Rumänien beitragen können, nachdem die obere Bevölkerung  
dort durch Erbauung von Eisenbahnen allmählich erfüllt wird.  
Aber in Allem mögen die dem russisch-türkischen Kriege über  
eine halbe Million Bosnienbürger und Bosnien, Bulgarien  
und aus den neuen Gebietszweigen der Verbände über Konstanti-  
nopol nach Rumänien ausgereist sein.

Der „Daily News“ zufolge ist der Erzbischof von Ab-  
er, Dr. Kennell, einer der 4 Delegirten des finnischen Vort-  
rages, die jüngst von Helsingfors hierhergekommen sind,  
um eine Werbung beim Jarco nachzufinden, um denselben  
endlich empfangen werden. In Peterburg sind finnische  
Briefe nicht bekannt, daß der Jar sehr glücklich war und  
erklärte, daß das finnische Volk ihm theuer sei. Er trübe die  
Ueberzeugung aus, daß die in ergründeten Vorschläge, um  
das Oesterreich-Ungarn-Verhältnis enger mit Russland zu verknüpfen,  
sich als höchst nützlich für finnische Interessen erweisen würden.  
Die finnischen Briefe sind bekanntlich entgegengesetzter Ansicht. Die  
Angriffe der russischen Presse sind lediglich durch den gegen  
Russland eingeleiteten, welche in culturlicher Beziehung so sehr  
viel höher steht als Russland.

Von Warschau, 11. Mai, wird mitgetheilt:  
Auf dem letzten tschechischen Plaz war aus Versehen des  
Kaisers Nikolaus zu Ehren derjenigen polnischen Generale,  
welche im Jahre 1831 sich nicht an der polnisch-nationalen  
Bewegung betheilig hatten, ein Denkmal errichtet worden.  
Als dasselbe nun vor einigen Wochen in offener tschechischer  
Weise beschuldigt worden war, daß es allgemein, es sei die  
Beschuldigung von polnischer Seite verübt worden. Wie  
auch war jedoch das allgemeine Urtheilen, es sei nach  
längerer Untersuchung herausgekommen, daß es fünf tschechische  
Soldaten des hier garnisierenden kaiserlichen Regiments  
gewesen, welche das Denkmal beschuldigt hatten. Allerdings  
hätten sie geglaubt, ihren Patriotismus dadurch zu bekunden,  
indem sie meinten, das Denkmal sei zu Ehren polnischer  
Patronen errichtet. Jedenfalls wird die Statue, welche den  
Soldaten zu Lasten werden wird, nicht gar zu streng sein.“

Der landwirtschaftlichen Akademie in Wien ist die  
Aufnahme von Studenten für das Sommersemester 1890/91  
unterzogen.

Das tschechische amtliche Blatt veröffentlicht das Gesetz,  
betreffend die Einführung einer Klassenlotterie; der  
Königreich derselben ist zur Hebung der Volkswirtschaft be-  
stimmt. — Ante tritt das Gesetz des Verfauldes frem-  
der Vorseffekten in Geltung, mit Ausnahme der ausländi-  
schen Staatsanleihen, in Kraft; der Verkauf ausländischer  
Preussenscheine ist ohne Ausnahme untersagt.

Der bänische Generalstab hat den ersten Theil  
seiner früher angekündigten Arbeit über den bänisch-  
deutschen Krieg 1864 veröffentlicht. Derselbe enthält einen  
ausführlichen Umriss wie das Werk des preussischen Generalstabes  
über diesen Krieg und ist mit einer Reihe vorzüglich aus-  
geführter Karten und Skizzen versehen. Der erste Theil wird  
mit einer historisch-politischen Uebersicht eröffnet, die selbst-  
ständig ganz anders lautet, als die von deutscher Seite gegebene.  
Demnach werden die militärischen Vorbereitungen, welche  
in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege in Dänemark  
getroffen worden waren, befreit und die unzulässigen Be-  
weigungen bestritten, unter dessen Dänemark, zum 2. Theil  
verfaßt durch den Reichsrath, angenommen wurde, das Kampf-  
geschehen. Besonders interessant ist eine Enthüllung, welche  
der erste Theil des Werkes bringt. Es wird erörtert sein,  
daß die mehr hervorragenden Officiere der im Jahre befin-  
lichen Armee darthun nicht die Auffassung im Innern, welche  
die Koppenhagener Presse und Bevölkerung von General  
de Meza während des Kampfes in der Dänemarle-See-  
schlacht. De Meza wurde damals Gegenstand der heftigsten  
Angriffe und sogar persönlicher Verleumdungen. Der Kriegs-  
minister Kumby veranlaßte seinen Fall. Im Werk des  
Generalstabes wird sehr nachdrücklich, daß zu wiederholten  
Malen von Seiten hochstehender Officiere der Armee  
der Versuch gemacht wurde, de Meza das Commando  
über die bänische Armee wieder zurückzugeben. Es wird  
ferner die hierüber geführte Correspondenz sowie die  
Entscheidung des Königs mitgetheilt, woraus u. A. hervor-  
geht, daß die Generale Werlich, du Plat, Carl und Oberst-  
lieutenant Dreter dem Könige einen Antrag durch den da-  
maligen Kriegsminister Kumby stellten. General de Meza,  
dessen Ausscheiden als höchst schädlich für die Armee be-  
trachtet wurde, zurückzuführen. Der Antrag gelangte nicht an den  
König. Der Kriegminister behielt denselben und gestellte  
eine Antwort, die deutlich zeigte, daß er mit dem ganzen Ver-  
halten de Meza's unzufrieden war. Es wurde darauf ein  
neuer Antrag an den Kriegsminister zur Weiterberathung  
an den König abgefaßt. Derselbe erfolgte wieder eine An-  
wort vom Kriegsminister, worin die Generale in scharfer  
Weise davor gewarnt wurden, sich mit dieser ganzen Sache  
zu befassen und darüber bestimmen zu wollen, was die  
commandirender der bänischen Armee sein sollte.

Bezüglich des Niederlassungsvertrages mit der  
Schweiz, welcher unter dem 27. April 1876 abgeschlossen  
am 20. Juli d. J. nach vorübergehender betragsmäßiger  
Räumung außer Kraft tritt, besteht nach einer im Bundes-  
rath in Berlin vorgenommenen Mittheilung zwischen den beiden  
vortragenden Theilen die Meinung, einen neuen Vertrag zu  
verhandeln, welcher im Wesentlichen dem ablaufenden ent-  
sprechend würde; von deutscher Seite sind in einigen Punkten  
eine andere Fassung vorgeschlagen worden, welche eine Ueber-  
einstimmung mit dem russisch-französischen und der Schweiz

unterzogen.

unterzogen.

unterzogen.

unterzogen.

unterzogen.